Geschäftsbericht der Universität der Universität Bern

Autor(en): **Schäublin**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...**

Band (Jahr): **- (2002)**

Heft [1]: **Verwaltungsbericht : Berichtsteil**

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-418465

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

1. Geschäftsbericht der Universität Bern*

1.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Im Herbst 2001 sind zwei Maturitätsjahrgänge gleichzeitig in die Universität eingetreten. Zur Bewältigung der Aufnahme des «doppelten Maturitätsjahrgangs» hatte der Regierungsrat Sondermittel in der Höhe von 50 Millionen Franken, verteilt über fünf Jahre, gesprochen. Umbauten und Renovationen im Hauptgebäude der Universität sowie die Zumietung von Hörsälen ermöglichten es, Veranstaltungen mit hohen Teilnehmerinnen- und Teilnehmerzahlen durchzuführen. Mit disziplinenspezifischen Kapazitätsberechnungen wurde der zusätzliche Bedarf an Personal und Infrastruktur ermittelt, dann das Erforderliche vorgekehrt. Lehrveranstaltungen in platzknappen Fächern (Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Psychologie) wurden mehrfach angeboten. So konnten vertretbare Studienbedingungen hergestellt werden. Im Akademischen Jahr 2002/03 gelangt dasselbe Verfahren erneut zur Anwendung. Die zweite Welle des «doppelten Maturitätsjahrgangs» mit 492 Erstsemestrigen bedeutet im Vergleich zum Vorjahr sogar nochmals eine Steigerung der Zahl der Neueingetretenen um 22,5 Prozent.

Die Arbeiten zur Umsetzung der Bologna Deklaration sind aufgenommen worden. Der Senat hat – unter Berücksichtigung der von den Studierenden geäusserten Bedenken – im Juni 2002 Grundsätze für diese Studienreform erlassen. Sofern finanzierbar, soll die Umstellung bis zum Akademischen Jahr 2005/06 erfolgen.

Von der Universitätsleitung ist eine «Mehrjahresplanung» in die Wege geleitet worden. Zu Beginn des Jahres 2003 wird dem Senat auf Grund der von den Fakultäten und sonstigen Einheiten eingereichten Unterlagen ein Dokument unterbreitet, das darüber Aufschluss gibt, welche Ziele die Universität in den kommenden Jahren verfolgen will. Einen wesentlichen Schritt hat die Universität im Bereich der Evaluation zurückgelegt. Im Wintersemester ist ein Pilotprojekt zur Erprobung eines standardisierten Verfahrens zur Beurteilung von Lehrveranstaltungen durchgeführt worden. Die Ergebnisse erwiesen sich als durchaus zufriedenstellend. Einige korrigierende Massnahmen sind ergriffen worden. Die Universitätsleitung hat Vorkehrungen getroffen, um in einer Krise mit dem richtigen Kommunikationsverhalten auftreten zu können. Zudem hat sie ein Konzept zu einer Kommunikationsstrategie gut geheissen.

Im Jahr 2001 hatte die Schweizerische Universitätskonferenz den drei in BENEFRI verbundenen Universitäten Beiträge von insgesamt 9 Millionen Franken zugesprochen. In den nächsten vier Jahren werden Pläne realisiert, die das World Trade Institute in Bern, die Institute für Slavistik in Bern und Fribourg und die Festkörperphysik betreffen. Den Romanischen Sprachen und Literaturen sollen die zusätzlichen Mittel bei der Neustrukturierung des Unterrichts dienen mit dem Ziel, langfristig spezifische Schwerpunkte zu bilden. Schon in diesem Jahr konnte in Bern ein Lehrstuhl für italienische Sprachwissenschaft geschaffen werden. In der Hochschuldidaktik werden die Dozierendenfortbildung im Bereich des Unterrichts sowie ein Dienst für die individuelle Beratung finanziert. Grosse Fortschritte sind erneut im Projekt VETSUISSE, d. h. in der «Zusammenführung» der Veterinärmedizinischen Fakultäten in Bern und Zürich, erzielt worden: Im Frühsommer 2002 hat ein Grundsatzbeschluss die Phase der Umsetzung eingeleitet; ein Gründungsdekan soll ab Januar 2003 die Pläne ihrer Realisierung zuführen.

Die Entwicklung, an der Universität Bern fremdfinanzierte Professuren zu errichten, hält an. Im Sommer 2002 kamen die dem ETH-Bereich zugehörige Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (EAWAG) und die Universität vertraglich überein, gemeinsam an der Universität Bern eine ordentliche Professur für Aquatische Ökologie und Fischwissenschaften (Schwerpunkt Fischökologie) einzurichten. Die erste Besetzung der EAWAG-Professur ist für den 1. März 2003 vorgesehen. Als Folge einer Umstrukturierung des M. E. Müller-Instituts für Biomechanik wird die Fondation M. E. Müller ab dem 1. Januar 2003 neu eine ordentliche Professur für Evaluative Forschung in orthopädischer Chirurgie finanzieren.

Drei Geschäfte sind weiterhin hängig: Für die Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton Bern und seiner Universität war die erforderliche Genehmigung durch den Regierungsrat unter den geltenden Bedingungen (SAR) nicht zu erlangen. Der Entwurf der Leistungsvereinbarung zwischen Universität und Inselspital befindet sich in einer letzten Phase der Bereinigung. Im Auftrag des Regierungsrats ist im vergangenen Jahr ein Bibliothekskonzept für die Universität und die Stadt- und Universitätsbibliothek Bern (StUB) erarbeitet worden. Die konkreten Vorschläge der Universität liegen vor. Allerdings steht, nachdem die Stadt Bern ihre Beteiligung an der gemeinsamen Trägerschaft aufgekündigt hat, die Abstimmung mit dem Kanton und der Burgergemeinde über die Finanzierung noch aus.

Im Herbst 2001 wurde der SAR-Prozess eingeleitet. Im Mai 2002 erteilte der Erziehungsdirektor der Universitätsleitung den Auftrag, sich zuhanden des Regierungsrates zu einer Reihe von Fragen zu äussern. Die Universitätsleitung hält fest, dass es der Universität gelungen ist, ihre «Produktivität» in Forschung und Lehre enorm zu steigern, während das finanzielle Engagement des Kantons beträchtlich zurückgegangen ist. Mittlerweile ist ein Punkt erreicht, an dem die Qualität des zu Leistenden in Frage steht; durch Leistungsabbau erzielte Einsparungen würden nur negative Folgen zeitigen. Im kostenintensiven Bereich der Medizin könnten gewisse Entscheidungen auf politischer Ebene das Universitätsbudget erheblich entlasten. SAR und die damit verknüpften Imponderabilien haben im vergangenen Jahr grosse Unsicherheiten erzeugt (spürbar etwa bei der Gewinnung neuen Personals).

1.2 Berichte der Fakultäten und weiterer Organisationseinheiten

1.2.1 Christkatholische und Evangelische Theologische Fakultät

Aktuelle Situation: Am 1. September 2001 erfolgte die Fusion der Evangelisch-theologischen und der Christkatholisch-theologischen Fakultät zur Christkatholischen und Evangelischen Theologischen Fakultät. Der Dekan sowie zwei Vizedekane bilden die Fakultätsleitung.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Forschungsschwerpunkte liegen im Departement für Christkatholische Theologie bei Fragen der alten lateinischen Glaubensbekenntnisse und der Autorität in der überlokalen Kirche. Im Departement für Evangelische Theologie liegen sie in der Disziplin Altes und Neues Testament, in Patristik und Reformationsgeschichte, in der Praktischen Theologie, in Religionsrecht sowie in der fakultätsübergreifenden Gender-Forschung.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Wegen der guten Betreuungsbedingungen ist die Nachfrage von Erasmus-Studierenden und Studierenden aus Osteuropa gross.

*Gemäss Artikel 106 Absatz 2 der Universitätsverordnung bezieht sich der Geschäftsbericht hinsichtlich der Finanz- und Leistungskennzahlen auf das Kalenderjahr (2002), hinsichtlich der akademischen Belange auf das Akademische Jahr (1. September 2001 bis 31. August 2002).

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Nationale wie internationale Zusammenarbeit erfolgten im gleichen Rahmen wie im Vorjahr. Zur Verstärkung der Integration der theologischen Fakultäten im Sokrates-Programm soll ein thematisches Netzwerk gebildet werden.
Nachwuchsförderung: Die Fakultät nimmt am Bundesnachwuchsförderungsprogramm für die Jahre 2001–2003 teil. Dem Departement für Evangelische Theologie stehen Förderungsbeiträge der Reformierten Kirchen Bern-Jura zur Unterstützung von wissenschaftlichem Nachwuchs zur Verfügung. In das Nationalfonds-Projekt «Erforschung der Samuelbücher» ist die Erarbeitung zweier Dissertationen integriert.
Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Bei den Assistierenden ist etwa die Hälfte der Stellen, bei den Lehrstühlen fast ein Drittel durch Frauen besetzt.
Qualitätssicherung: Die Dozierenden sind verpflichtet, Lehrveranstaltungen, die als Obligatorien angeboten werden, evaluieren zu lassen. Eine Arbeitsgruppe prüft die Ergebnisse und macht Verbesserungsvorschläge. Mit der Koordinationsstelle für Weiterbildung führte die Fakultät zuerst einen Studientag zum Thema «Berufsbezogene Kompetenzen im Theologiestudium» und anschliessend Pilotprojekte durch. Ziel ist es, Veranstaltungen bewusster von zu erlernenden Kompetenzen her zu planen und durchzuführen.
Strategische Fakultätsplanung: Mit Fribourg prüft die Fakultät die Möglichkeit eines Fakultätsverbundes. Das Zusammenwirken der Fakultät der Universität Bern, der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons und der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion soll vertraglich geregelt werden. Zusammen mit der Philosophisch-historischen Fakultät hat die Fakultät eine Kommission zur Gründung eines Instituts für Judaistik gebildet. Dieses Institut wird in Forschung und Lehre mit den judaistischen Instituten der Universitäten Basel und Luzern verbunden sein. Eine weitere Kommission bereitet die Umsetzung der Bologna-Deklaration vor.

1.2.2 Rechtswissenschaftliche Fakultät

Aktuelle Situation: Die Trennung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in die Rechtswissenschaftliche und die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät (WISO) ist am 1. September 2001 vollzogen worden. Die fünf Departemente mit je ein bis drei Instituten sind dem Dekan direkt unterstellt. Die Fakultät umfasst 18 Lehrstühle. Ihr gehören rund 50 nebenamtliche Dozentinnen und Dozenten an. Die Wiederbesetzung von Lehrstühlen hat die Fakultät stark beschäftigt und wird auch in näherer Zukunft eine zentrale Aufgabe bleiben.
Schwerpunkte der Tätigkeit: Ein neues Studienreglement ist in Kraft gesetzt worden. Das Lizentiat soll in einer Regelstudiendauer von 8 Semestern erworben werden können. Von ersten Prüfungen nach dem Einführungsstudium erhofft man sich eine frühe Eignungsabklärung. Im Vertiefungsstudium haben die Studierenden die Möglichkeit, individuelle Schwerpunkte zu setzen. Die ersten Erfahrungen mit den Lizentiatsprüfungen nach neuem Reglement erforderten eine einmalige generelle Notenanhebung. Zu dem in Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlei neu begründeten Kompetenzzentrum für Informatik und Recht ist ein interfakultäres Forschungszentrum für «New Public Management» hinzugekommen.
Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Das Betreuungsverhältnis ist schlecht. Auf einen Lehrstuhl fallen – ohne Einrechnung der Studienangebote insbesondere für die WISO – rund 70 Studierende.
Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Mit der WISO bleibt die Fakultät eng verbunden. Lehrangebote bestehen auch für Studierende der Philosophisch-historischen Fakultät. Die Anzahl der internationalen Austauschverträge konnte erneut vergrössert werden.
Nachwuchsförderung: Die neu geschaffenen Assistenzprofessuren sind eine wirkungsvolle Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Zwei der vier Stellen sind an Berner, die beiden weiteren an einen Schweizer und einen Deutschen vergeben worden.
Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Der Anteil der Studentinnen ist auf beinahe 50 Prozent angestiegen. Die Hälfte der neu Promovierten auf Lizentiatsstufe sind Frauen. Demgegenüber ist weder der Anteil der Doktorandinnen gewachsen, noch fand sich unter den Habilitierten dieses Jahrs eine Frau.
Qualitätssicherung: Die Pflichtvorlesungen des Einführungsstudiums und zwei Wahlfachvorlesungen des Vertiefungsstudiums sind evaluiert worden. Die Ergebnisse sind grösstenteils sehr zufriedenstellend.
Strategische Fakultätsplanung: Eine deutliche Verbesserung des Betreuungsverhältnisses ist nötig. Mit Hilfe weiterer Assistenzprofessuren soll ein Verhältnis von 1 : 50 erreicht werden.
Besondere Massnahmen: Das Arbeiten mit neuen elektronischen Hilfsmitteln ist bereits in die Grundausbildung integriert und wird – nicht zuletzt aus Rationalisierungsgründen – auch in den Bereich der Prüfungen Einzug halten müssen.

1.2.3 Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Aktuelle Situation: Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät (WISO) umfasst die Departemente Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Sozialwissenschaften. Neue Studien- und Prüfungsreglemente wurden auf den 1. September 2001 in Kraft gesetzt. Die Personalsituation bereitet vor dem Hintergrund weiter stark anwachsender Studierendenzahlen ernste Sorge. Die Finanzsituation ist wenig befriedigend.
Schwerpunkte der Tätigkeit: Neben der Studienreform im Gefolge der Bologna Deklaration bilden die Erstellung und das Implementieren der Leistungsaufträge zwischen der Fakultät und ihren Departementen bzw. Instituten ein Hauptgeschäft. Es wurden viele Forschungsprojekte durchgeführt. Eine Abteilung des BWL-Departements leitet ein Virtual Campus Projekt.
Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die Zahl der Studierenden hat um rund 12 Prozent zugenommen. Die Betreuungsrelation weist mit ca. 86 Studierenden je Dozent einen bedauerlichen negativen Wert auf. Die Belastung lässt sich nur unzureichend durch zeitlich befristetes Zusatzpersonal auffangen, weil ein entsprechender Markt fehlt.
Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Die WISO ist bemüht, die Zusammenarbeit in Forschung und Lehre mit in- und ausländischen Institutionen auszubauen.
Nachwuchsförderung: Es konnten fünf Assistenzprofessuren besetzt werden. Eine Habilitation in Soziologie wurde zu Ende geführt; ein weiteres Verfahren in Betriebswirtschaftslehre ist eröffnet worden.
Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Die Zahl der Frauen bei Lehrstuhlbewerbungen ist immer noch gering; sie nimmt indessen bei Assistenzprofessuren zu. In den Sozialwissenschaften wurde eine Assistenzprofessur mit einer Frau besetzt.
Qualitätssicherung: Die Evaluation erfolgt bislang durch fakultätsinterne Verfahren (Tätigkeitsberichte, Evaluationen der Lehrveranstaltungen).
Strategische Fakultätsplanung: Die Planung ist darauf ausgerichtet, den Anteil an den gesamtuniversitären Ressourcen zu erhöhen.
Besondere Massnahmen: Die Umstellung der Prüfungsverwaltung auf eine neue Software und deren Einbindung in die universitären Strukturen wird Ressourcen binden.
Schlussfolgerungen und Perspektiven: Die Zukunft der Fakultät wird von der Entwicklung der «Bologna-Umsetzung», der Schwierigkeit für Dozierende, gleichzeitig den steigenden Ansprüchen in Forschung, Lehre und Verwaltung zu genügen, ohne an Qualität einzubüssen, und den Möglichkeiten, exzellente Wissenschaftler zu gewinnen, geprägt sein.

1.2.4 Medizinische Fakultät

Aktuelle Situation: Der Unterricht wird in den drei ersten Curriculumjahren nach den Prinzipien des problemorientierten Lernens durchgeführt. Dieser für die Qualität der Lehre erfreulichen Entwicklung steht die unerfreuliche finanzielle Situation gegenüber. Während der zeitliche Aufwand für die Dozierenden deutlich angestiegen ist, bestehen der Stellenpunkteabbau und die Finanzplafonierung weiter. Der doppelte Maturitätsjahrgang konnte ohne Qualitätseinbusse aufgefangen werden.
Schwerpunkte der Tätigkeit: Die Leistungsaufträge zwischen der Fakultät und den Kliniken des Inselspitals stehen vor dem Abschluss, für diejenigen mit den Lehrspitälern sind erste Gespräche geführt worden.
Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Das Betreuungsverhältnis entspricht den Anforderungen an eine qualitativ hochstehende Lehre.
Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Der gesamtschweizerische Lernzielkatalog für das Medizinstudium ist zustande gekommen und wird 2003/2004 implementiert werden. Die Forschung ist national und international stark vernetzt.
Nachwuchsförderung: Fixe Strukturen und finanzielle Schwierigkeiten erschweren Verbesserungen. Allerdings konnte die erste Assistenzprofessur vergeben werden, vier SNF-Förderungsprofessuren wurden zugesprochen.
Qualitätssicherung: Evaluationskonzepte für Lehre und Forschung werden unter der Leitung der Vizedekane Lehre bzw. Forschung erarbeitet.
Strategische Fakultätsplanung: Im Rahmen der Vorarbeiten für das neue Spitalversorgungsgesetz ist vorgesehen, dass der Kanton an einem Universitätsspital festhält und dass dieses weiterhin das Inselspital sein soll. Eine Motion der GPK (M 202/2001) hält fest, dass die Fakultät in der Spitalleitung verankert sein soll. Bezüglich der Frage nach der optimalen Anzahl auszubildender Ärztinnen und Ärzte stecken alle Medizinischen Fakultäten der Schweiz in einem Dilemma. An Stelle der aktuell etwa 800 Studienabgängerinnen und Studienabgänger sollte die Schweiz deren 900 hervorbringen, um die benötigten Spitalarztstellen abzudecken. Wird die Zahl der Praxis-Neueröffnungen pro Jahr nun per Zulassungsstop reduziert, profitieren die Spitäler, der Stau entsteht bei den Studienabgängern. Die Motivation, Medizin zu studieren, ist gefährdet. Die Rolle der Medizinischen Fakultäten im Gesundheitswesen führt zum «universitären Sonderfall Medizin». Es gilt, die Balance zu finden zwischen dem universitären und dem gesundheitspolitischen Auftrag.

1.2.5 Veterinärmedizinische Fakultät

Aktuelle Situation: Im Berichtsjahr wurde an der Planung interner Strukturanpassungen in der Präklinik gearbeitet.
Schwerpunkte der Tätigkeit: Im Rahmen der VETSUISSE-Planung hat der VETSUISSE-Rat im Mai 2002 den Auftrag für die Verfeinerung eines von der Berner und der Zürcher Fakultät grundsätzlich akzeptierten Konzepts erteilt. In der Studienreform sind die «Organblöcke» für das 3. Studienjahr entworfen worden. Die Planung des 4. Studienjahrs wurde aufgenommen. Die Studentenschaft reagiert sehr positiv auf den Unterricht in Organblöcken. Der Lehrkörper hingegen kämpft mit dem grossen Betreuungsaufwand. Die erstmals durchgeführten Prüfungen zum Stoff des zweiten und dritten Studienjahrs mit «Kurzantwort-Fragen» ergaben einen sehr positiven Eindruck von den studentischen Leistungen. Die (lange geforderte) stärker praktische Ausbildung wird in den neu nach dem 3. Studienjahr durchgeführten Examen an Tierpatienten überprüft.
Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die hohen Studierendenzahlen in den über zwei Jahre laufenden Organblöcken führen zu Engpässen und wirken sich negativ auf Gruppenarbeiten und Fachpraktika aus. Veranstaltungen müssen teilweise vierfach durchgeführt werden.
Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: In den Ausbildungsprogrammen zur Erlangung von Spezialistentiteln beträgt der Frauenanteil zwischen 70 und 80 Prozent. Bei den Habilitationen und PhD-Ausbildungen, die beide steigende Frequenzen aufweisen, betrug der Frauenanteil ebenfalls über 50 Prozent.
Qualitätssicherung: Evaluationen der Lehre musste die Fakultät wegen der laufenden Projekte zurückstellen.
Strategische Fakultätsplanung: Die Fakultät steht weiterhin unter dem Druck der Anpassung an die in VETSUISSE geplanten Verteilungen der fachlichen Schwerpunkte. Sie ist bestrebt, ihre Kerngebiete der klinischen Forschung zu verstärken und sich entsprechend dem VSNU-Forschungsrapport zu konzentrieren.
Besondere Massnahmen: Die Ställe der Rinderklinik entsprechen nun den tierschützerischen Ansprüchen einer modernen Rindviehhaltung. Zurzeit wird der Rinderoperationssaal renoviert und es werden artgerechte Auslaufmöglichkeiten und Bewegungsräume für Pferde, Ponys und Rinder gebaut. Der Baukredit für den Neubau der Kleintierklinik wurde gesprochen. Die Detailplanung wurde vorangetrieben. Das ehemalige Anatomie-Gebäude ist in ein Lernzentrum mit zehn Gruppenräumen und einer stark vergrösserten Bibliothek mit genügend Arbeitsplätzen für Studierende, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umgebaut worden.

1.2.6 Philosophisch-historische Fakultät

Aktuelle Situation: Die Fakultät hat vier ständige Kommissionen (Strukturplanung, Studium und Forschung, Öffentlichkeit und Reglemente, Informatik und Medien) eingesetzt.
Zusammensetzung und Aufgaben des Fakultätsausschusses wurden neu geregelt. Dem Collegium decanale sind die operativen Geschäfte zugewiesen. Das Institut für Romanische Philologie wurde aufgehoben und das Institut für Italienische Sprache und Literatur neu geschaffen. Es erfolgten Neuberufungen an fünf Instituten. Die Fakultät hat sich intensiv mit der Umsetzung der Bologna Deklaration beschäftigt.
Schwerpunkte der Tätigkeit: Neben zahlreichen Beteiligungen an wissenschaftlichen Veranstaltungen im In- und Ausland haben folgende Institute allein oder in Zusammenarbeit Tagungen mit internationaler Beteiligung in Bern organisiert: die Abteilung für Mittelalterliche Geschichte des Historischen Instituts, das Institut für Klassische Archäologie, das Institut für Germanistik, der Lehrstuhl für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte des Instituts für Philosophie, die Ptolemaios-Forschungsstelle des Instituts für Klassische Philologie, die Abteilung für Kunstgeschichte der Gegenwart des Instituts für Kunstgeschichte. Eine sehr starke Beanspruchung ist bei vielen Dozentinnen und Dozenten im Bereich der Dienstleistungen festzustellen.
Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: In den Fächern Psychologie, Anglistik, Theaterwissenschaft, Ethnologie, Religionswissenschaft und Geschichte bestehen äusserst prekäre Betreuungsverhältnisse. Im Fakultätsdurchschnitt beträgt das Betreuungsverhältnis 1:58. Die Verbesserung dieser Situation wird als besonders dringlich erachtet.
Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Die Fakultät hat den 2. Fakultätstag durchgeführt und unter Beteiligung der Dekane der Nachbarfakultäten über die Umsetzung der Bologna Deklaration diskutiert. Kolloquien und Symposien, die Teilnahme an Kongressen und die Mitarbeit in zahlreichen Vorständen von wissenschaftlichen Institutionen dokumentieren die nationale und internationale Zusammenarbeit.
Nachwuchsförderung: Fünf Kollegen erwarben die Venia docendi in den Lehrgebieten Geschichte, Islamwissenschaft und Neuere orientalische Philologie, Philosophie und Psychologie. Eine Förderungsprofessur des SNF wurde dem Historischen Institut zugesprochen.

Qualitätssicherung: Die Selbstevaluation bildet Teil der Leistungsaufträge, die mit allen Instituten abgeschlossen wurden und auf den 1. September 2002 in Kraft treten. Verschiedene Dozentinnen und Dozenten beteiligten sich am Projekt der Evaluation von Lehrveranstaltungen. Die Strukturberichte enthalten stets eine ausführliche Evaluation.
Besondere Massnahmen: Die im Zusammenhang mit dem doppelten Maturitätsjahrgang getroffenen Massnahmen werden in Psychologie, Geschichte, Anglistik, Ethnologie und Theaterwissenschaft fortgesetzt.

1.2.7 Philosophisch-naturwissenschaftliche Fakultät

Aktuelle Situation: Drei neue Ordinarien haben ihre Stellen angetreten, die Berufungsverfahren für vier weitere Ordinariate wurden abgeschlossen. An fünf Instituten konnten vollamtliche Extraordinariate geschaffen werden. Mit der Besetzung neuer Lehrstühle wurden die Forschungsschwerpunkte in verschiedenen Instituten und Abteilungen verlagert.
Schwerpunkte der Tätigkeit: Gemeinsam mit der Medizinischen Fakultät hat die Fakultät einen neuen, 2-jährigen propädeutischen Pharmaziestudiengang angeboten. Die Beratungen zur «Bologna-Reform» sind in vollem Gang. Die Erfahrungen mit dem Studien- und Prüfungsreglement aus dem Jahr 1999 zeigen, dass die Studienzeiten zwar verkürzt werden konnten, dass aber neben der «Entschlackung» der Studiengänge und der Effizienzsteigerung des Lehrbetriebes die Verkürzung der Studienzeiten ihren Preis (Substanzverlust, Verschulung) gefordert hat. Mit der angelaufenen Reform sollen die notwendigen Korrekturen vorgenommen werden.
Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Infolge des doppelten Maturjahrganges ergaben sich Engpässe vor allem in den Bereichen Biologie, Informatik und Geografie.
Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Die Zusammenarbeit mit den Westschweizer Universitäten im Rahmen des Troisième Cycle gestaltete sich wegen des Ausstiegs des Kantons aus dem CUSO Vertrag schwierig. Die Arbeitsteilung zwischen den drei Universitäten im BENEFRI-Departement «Erdwissenschaften» funktioniert nach Plan. Die Berner Studierenden machen von den Lehrangeboten in Freiburg und Neuenburg regen Gebrauch.
Nachwuchsförderung: Acht Mal wurde eine Venia Docendi vergeben. Eine Frau und vier Männer wurden zu Assistenzprofessoren, eine Privatdozentin und drei Privatdozenten zur Titularprofessorin bzw. zu Titularprofessoren ernannt.
Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Der von der Abteilung für die Gleichstellung von Frauen und Männern organisierte Schnuppertag für Mittelschülerinnen wurde erneut erfolgreich durchgeführt.
Qualitätssicherung: Die Ergebnisse und Anträge aus der Evaluation der Hochenergiephysik werden Anfang 2003 erwartet. Die Evaluationskommission der Fakultät hat im vergangenen Jahr Lehrveranstaltungen aus allen Fachbereichen evaluiert. Obschon die Institutionalisierung einer formalen Evaluation der Lehre nicht auf fundamentalen Widerstand gestossen ist, besteht Skepsis über das Verhältnis von erreichbarer Qualitätsverbesserung und zusätzlichem Aufwand.
Strategische Fakultätsplanung: Das Fakultätskollegium räumt der Schaffung eines Lehrstuhls «Bioinformatik» hohe Priorität ein. Beschlossen wurde die Schaffung eines Statistischen Zentrums mit fakultätsübergreifender Wirkung. Das Zentrum soll sich langfristig mindestens zur Hälfte über eingeworbene Drittmittel finanzieren.
Schlussfolgerungen und Perspektiven: Bei der Diskussion über die Sparmassnahmen im Bildungs- und Forschungsbereich werden immer wieder die Naturwissenschaften genannt. Die Fakultät hat es offenbar versäumt, ausreichend über die wirtschaftliche Bedeutung der Universität und ihrer naturwissenschaftlichen Fakultät für den Standortkanton zu informieren.

1.2.8 Konferenz der gesamtuniversitären Einheiten

Die Konferenz der gesamtuniversitären Einheiten fasst die Interfakultäre Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie (IKAÖ), die Koordinationsstelle für Weiterbildung (KWB) und das Institut für Sport und Sportwissenschaft (ISSW) zusammen.
Aktuelle Situation: Die IKAÖ engagiert sich im Forschungsmanagement inter- und transdisziplinärer Projektverbünde und nimmt Beratungsaufträge wahr. Der Regierungsrat hat der Errichtung einer fremdfinanzierten ordentlichen Professur für Aquatische Ökologie mit Schwergewicht Fischökologie zugestimmt. Das Kursangebot der KWB wurde erweitert, im Auftrag Dritter wurden Evaluationen durchgeführt. Das ISSW hat ein neues Studienreglement und einen neuen Studienplan erlassen. Der Wechsel vom eidgenössischen Monofach- zum universitären Mehrfachstudium ermöglicht eine akademische Qualifizierung mit vielfältigen Perspektiven in schulischen und ausserschulischen Berufsfeldern.
Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: IKAÖ, KWB und ISSW arbeiten neben der interfakultären Zusammenarbeit mit schweizerischen und ausländischen Universitäten teilweise auch mit Unternehmen und Behörden zusammen.
Nachwuchsförderung: Dank der Nachwuchsförderung des Bundes konnte in der IKAÖ eine Oberassistenz besetzt werden. Die Assistenzen am ISSW werden konsequent auf die Option, mit sportwissenschaftlichen Themen in den fakultären Fächern zu promovieren, ausgerichtet.
Qualitätssicherung: IKAÖ, KWB und ISSW evaluieren ihre Lehrangebote systematisch.
Strategische Planung: Die IKAÖ will klären, ob durch die Schaffung eines Departements zur Stärkung des gesamtuniversitären Schwerpunkts Ökologie/Umweltwissenschaften beigetragen werden kann. Neben der Umsetzung der Bologna Deklaration wird die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ein Schwerpunkt der KWB-Tätigkeiten sein. Das Anliegen des ISSW ist es, mit der Umsetzung der Bologna Erklärung Sport in der Lehre und Forschung als interdisziplinären Bereich zu sichern und zu stärken.

1.2.9 Konferenz der Lehrerbildungsinstitutionen

Aktuelle Situation: Die Abteilung für das Höhere Lehramt (AHL) verbleibt bis Ende August 2005 an der Universität. Das Sekundarlehramt (SLA) besteht als universitäre Institution bis Ende Studienjahr 2003/2004.
Schwerpunkte der Tätigkeit: Im SLA mussten durch die Reduktion der Studierendenzahlen einzelne Wahlangebote eingeschränkt werden. Ein dreijähriges Projekt wurde in Angriff genommen, weitere Projekte zur Entwicklung von Unterrichtsmaterialien laufen. Das SLA führte eine Tagung und, zusammen mit der Universität Fribourg und der Pädagogischen Hochschule St. Gallen, einen internationalen Kongress durch.
Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die Studierendenzahlen in der AHL bleiben hoch. Trotz Personalrückgang bestehen gute Verhältnisse für Studierende am SLA. Als eine Folge des Streiks der Praktikumslehrer und -lehrerinnen im Kanton Bern werden Praktika auch in anderen Kantonen durchgeführt.
Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Das Lehrangebot in Fachdidaktik mit der Universität Fribourg wurde erweitert und der Einbezug der Fribourger Dozierenden verbessert. Zusammenarbeit gibt es mit Schulinspektoraten und Sachverständigen in anderen Kantonen, mit dem Schweizerischen Institut für Berufspädagogik, mit Fachinstituten der Universität Bern und schweizerischen Mittelschulen. Dozierende der AHL engagieren sich in Weiterbildung, Forschung und Kommissionsarbeit in Deutschland und Österreich. Die Projekte am SLA werden häufig in Kooperation mit Instituten im In- und Ausland durchgeführt.

Nachwuchsförderung: Präsentationen an Kongressen und anderen Universitäten, die Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Institutionen sowie die Weiterbildung in «summer schools» werden gefördert.
Qualitätssicherung: Die Abteilungskonferenz der AHL überprüfte das Evaluationskonzept, das «web» und die Lehrmethoden. Die Informatikdidaktik wurde weiterentwickelt, Fachdidaktik und Hauptpraktikum besser verbunden. Lehrveranstaltungen des SLA werden regelmässig evaluiert. Die Weiterbildung von Mitarbeitenden wird stark gefördert.

1.3 Spezialbereiche

Planung: Mittel im Umfang von 10,3 Millionen Franken wurden für 183 Massnahmen im Zusammenhang mit dem doppelten Maturjahrgang eingesetzt. Erstmals gab es eine universitätsinterne Mehrjahresplanung. Im Rahmen des schweizerischen Planungsprozesses 2004–2007 wurden Unterlagen aufbereitet. Institute und Kliniken wurden über die neu geschaffenen Förderungsprofessuren des Nationalfonds orientiert. An der Universität Bern müssen solche Stellen in den Institutsbetrieb sowie in die längerfristigen Instituts- und Fakultätsplanungen integriert und die Konsequenzen für die Infrastruktur geklärt sein. Die Universität verfügt heute über 12 Förderungsprofessuren.
Finanzen: Die Dienstleistungsbetriebe haben gegenüber dem Budget Mehrerträge erzielt, welche jedoch zu Mehrausgaben im Personalbereich und bei den Sachkosten geführt haben. Die Kosten für den Betrieb des Botanischen Gartens (CHF 500 000.–) sind im Budget 2002 gestrichen worden; die Ersatzfinanzierung durch die neugegründete Stiftung setzt auf den 1. März 2003 ein. Die Vorgaben zur Berechnung der BPK-Beiträge im Budget 2003 waren zu niedrig, was zu einer Überschreitung von 1,4 Millionen Franken führte. Die erste Welle des doppelten Maturajahrgangs ist kleiner ausgefallen als geplant, die finanziellen Mittel wurden zurückhaltend eingesetzt. Ferner waren vakante Stellen zu verzeichnen, welche zu einem Minderaufwand bei den Personalkosten führten. Insgesamt sind die Personalkosten um 2,2 Millionen Franken unterschritten worden, wobei die Budgetabweichungen einzeln zu werten sind. Erstmals ist die Berufung einer Professorin im Bereich der Life-Sciences gescheitert, weil die Universität die Kredite für die Infrastruktur und den Betrieb der nötigen Labors nicht sicherstellen konnte. Mit den Investitionskrediten konnten die dringendsten Ersatz- und Neuanschaffungen vorgenommen werden, doch beginnt sich ein Investitionsstau abzuzeichnen.
Personal: Die Serviceleistungen wurden weiter ausgebaut und Verbesserungen im Bereich der Information/Kommunikation umgesetzt. Es wurden Managementseminare für neu eingetretene Professorinnen und Professoren und weitere Führungskräfte der Universität eingeführt. Die Übernahme der Aufgaben und Verantwortungen im Bereich Gehaltsadministration vom kantonalen Personalamt machte sich bemerkbar. Zur Berechnung des Leistungsaufstiegs in den Gehältern wurde ein neues EDV-Instrument eingesetzt. Die Abteilung war stark beschäftigt mit dem Stellen- und Personalabbau im Bereich Lehrerbildungsinstitutionen und der Umsetzung der Strukturen für die gesamtuniversitären Einheiten aufgrund der Zielportfolios und der Vorgaben aus dem Jahr 2000.
Evaluation: Die Kriterien für das Erfassen von Forschungsprojekten in der Datenbank «Forschungsbericht» (www.research.unibe.ch) sind überarbeitet worden. Mit dem Projekt «Standardevaluation für Vorlesungen» wurde der gesetzliche Auftrag zur Evaluation umgesetzt. Das Verfahren wird nun für alle Lehrveranstaltungen flächendeckend eingeführt. Ein vorwiegend positives Fazit konnte aus den Fragen der Universitätsleitung an die Studierenden gezogen werden. Überprüft wurden der Einsatz des Kreditpunktesystems ECTS, die Effizienz im Umgang mit der Zeit der Studierenden sowie die Wirkung getroffener baulicher Massnahmen und die Umsetzung des Leitbildes.
Bibliothekswesen: Nach der Einführungsphase des Konsortiums der Schweizer Hochschulbibliotheken zeigt sich eine ständige Zunahme der Produktnutzung. Den Vorteilen der Konsortialstruktur steht das Problem der Finanzierung gegenüber. Die Anerkennung des Projekts als nationale Aufgabe und die entsprechende Subventionierung durch den Bund könnte Erreichtes sichern. Nahezu alle Bibliotheken der Universität sowie die StUB nehmen am Informationsverbund Deutschschweiz teil. Die StUB hat für die Erweiterung ihrer Magazinfläche und des Bürobereichs ein Bauprojekt eingereicht. Für die Bibliotheken der Universität wird eine Magazinfläche von über 3000 m² benötigt, um die Archivierung bis ins Jahr 2040 sicherstellen zu können. Betreffend Bibliothekskonzept hat sich die Universitätsleitung für die Beibehaltung und Optimierung des zweischichtigen Systems ausgesprochen.
Bau und Raum: Die räumlichen Massnahmen zur Aufnahme des doppelten Maturjahrgangs konnten zeitgerecht umgesetzt werden. Für die beiden an der Universität angesiedelten Nationalen Forschungsschwerpunkte sind geeignete Lösungen gefunden worden. Im Tierspital hat der Um- und Neubau für die Kleintierklinik und die zentrale Radiologie begonnen. Die Sektionshalle und die Stallungen der Nutztierklinik sind vollständig saniert worden. An der Baltzerstrasse 4 wurden für die Vorklinik Tutoriumsräume eingebaut. Projektiert werden der Ersatz der Universitätsspitalbibliothek, die Sanierung und Erweiterung der Räume der Institute für Geologie, für Rechtsmedizin sowie für Kunstgeschichte. Mit dem Kauf des von Roll-Areals wurde eine langfristige Entwicklungsplanung für die Universität und die Lehrerinnen- und Lehrerbildung in Angriff genommen.
Nachwuchsförderung: Die Kommission betreute das Bundesprogramm zur Förderung des akademischen Nachwuchses. Es wurden insgesamt 22 Personen (davon 11 Frauen) unterstützt. Aufgrund von Stellenmutationen konnten im Verlaufe des Jahres acht neue Stellen besetzt werden. Ende 2001 wurde der Universitätsleitung ein Bericht zum Stand der Nachwuchsförderung an der Universität Bern eingereicht. In Vorbereitung ist die Einführung eines Tenure Track Systems.
Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Die Abteilung feierte ihr 10-Jahre-Jubiläum. In einem Bericht wird Fazit gezogen, es werden Problempunkte in der universitären Gleichstellungspolitik geortet sowie Schwerpunkte künftiger Bemühungen formuliert. Das Jubiläumssymposium stiess auf reges Echo, auch bei Angehörigen von Universitäten aus dem In- und Ausland. Die Projekte des Bundesprogramms Chancengleichheit 2000–2003 bildeten einen Arbeitsschwerpunkt. Vier Projekte wurden unter der Leitung der Abteilung erfolgreich durchgeführt. An der Universität Bern wurde ein Genderforschungspreis eingerichtet, der mit 10 000 Franken dotiert ist und anlässlich des Dies academicus erstmals verliehen wurde.
Rekurskommission: Die Kommission hatte sich mit 86 Beschwerden (Vorjahr 39) zu befassen. Hinter der massiven Zunahme verbergen sich rund 40 Beschwerden, die wegen der hohen Durchfallquoten bei den juristischen Lizentiatsprüfungen im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Studienreglements erhoben wurden. Da die Rechtswissenschaftliche Fakultät die Durchfallquote durch Notenanpassungen senkte, erledigten sich diese Verfahren, 12 neue Beschwerden wurden in einem Gesamtentscheid abgewiesen. Die restlichen Beschwerden verteilten sich wie folgt: Vet.-med. Fakultät (9), WISO-Fakultät (8), Phil.-nat. Fakultät (4), Medizinische Fakultät (3) und Phil.-hist. Fakultät (3). Die Zahl der mit förmlichem Entscheid zu beurteilenden Fälle belief sich auf 29. Auf zwei Beschwerden konnte nicht eingetreten werden, 18 Beschwerden wurden abgewiesen und neun gutgeheissen. Ein Entscheid von grundlegender Bedeutung soll erwähnt werden: Nur wer selber die nötige Sorgfalt walten lässt, kann sich auf Fehler bei der Eröffnung von Verfügungen berufen. Weitere Informationen zur Rekurskommission sowie publizierte Entscheide sind zu finden unter http://www.rekom.unibe.ch.

1.4 Die vertretungsberechtigten Gruppierungen

1.4.1 Verband der Dozentinnen und Dozenten (VDD)

1.4.2 Verband der Assistentinnen und Assistenten (VAA)

Die Mittelbauvereinigung der Universität Bern (MVUB) hat sich vor allem mit ihrer Neupositionierung und -strukturierung befasst. Dieses Thema betrifft sowohl den VDD als auch den VAA. Anfangs Wintersemester diskutierte der MVUB-Vorstand erstmals die Schaffung einer Geschäftsstelle für Mittelbauangelegenheiten und benannte mögliche Aufgabenbereiche: Anlaufstelle, juristische Beratung, Organisation mittelbauspezifischer Veranstaltungen, Entlastung des Vorstandes sowie Förderung von Mittelbauanliegen. Seit Mai 2002 liegt hierzu ein in Auftrag gegebener Bericht vor. Er nennt drei Problembereiche: Da der Vorstand als Milizgremium überlastet ist, übernehmen zu wenige Personen Aufgaben im Bereich der Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit und Universitätspolitik. Es verbleiben zu wenig Zeit und Ressourcen, um sich mit dringenden Fragen auseinander zu setzen. Eine zu starke Splittung und die fehlende Koordination der Mitglieder des Mittelbaus verhindern die Kommunikation. Der Bericht formuliert Möglichkeiten zur Behebung der aufgedeckten Schwachstellen: Die Position der MVUB muss unbedingt gestärkt werden. Dies kann nur durch eine Teilprofessionalisierung (Geschäftsstelle) erreicht werden. Die Geschäftsstelle soll dem Vorstand unterstellt werden, der seinerseits die strategische Führung übernimmt. Die Kommissionsmandate können so zweckmässig koordiniert und damit die Mittelbauvereinigung sichtbarer und attraktiver gemacht werden. Der Vorstand wird nun insbesondere hinsichtlich der Finanzierung der Geschäftsstelle und der Benennung konkreter Verantwortungsbereiche eines Geschäftsführers oder einer Geschäftsführerin Vorschläge ausarbeiten. Der im April 2002 neu gewählte Vorstand hat sich darauf geeinigt, der Einsetzung einer Geschäftsstelle höchste Priorität einzuräumen.

1.4.3 Vereinigung der Studierenden der Universität Bern (SUB)

Die SUB setzt sich gegen die Umsetzung der Bologna Deklaration ein. Sie stand diesbezüglich in Kontakt mit universitären Entscheidungsträgern und engagierte sich für die Ausweitung der Diskussion inner- und ausserhalb der Universität. Intern wies sie auf die Probleme, welche eine Umsetzung mit sich bringt, hin. Die SUB lehnt Sparmassnahmen an der Universität Bern ab, weil Qualität und Chancengleichheit beim Zugang zur universitären Bildung erhalten bleiben sollen. Für die Senkung der Fernleihgebühren hat sich die SUB bei den zuständigen Stellen eingesetzt. Die SUB verfolgte die Entwicklung im kantonalen Stipendienwesen und machte ihre Forderung (Harmonisierung auf nationaler Ebene) bekannt. Sie beschäftigte sich mit der Handhabung der studienverlängernden Gründe und der angemessenen Information der Studierenden über die Antragsmodalitäten. Ihre Dienstleistungen hat sie um die Direktstellenvermittlung «Studijob» sowie diverse kulturelle Angebote erweitert. Sie organisierte das Unifest, mit der Universitätsleitung den Tag des Studienbeginns und den Besuchstag sowie eine Party zum 10-Jahre-Jubiläum des Erasmusprogramms. In universitären Kommissionen befasste sich die SUB unter anderem mit den Themen Nachwuchsförderung und Qualitätssicherung/Evaluation. Sie beteiligte sich an mehreren Vernehmlassungen und nahm Stellung zu den «Richtlinien zur Akkreditierung im universitären Hochschulbereich in der Schweiz» des Organs für Akkreditierung und Qualitätssicherung. Die SUB betreibt Sensibilisierungsarbeit zur Gleichstellung. Zusammen mit dem Unisport organisiert sie Selbstverteidigungskurse für Frauen und koordiniert das SUB-Frauenforum. Sie ist auch an «womentoring» beteiligt. Der Student/innenrat hat ein Positionspapier zur «Gleichstellung von Frauen und Männern in Forschung und Lehre» verabschiedet.

Bern, 28. Januar 2003

Im Namen des Senats
Der Rektor: *Schäublin*